

Kreisrat Christoph Raabs (ÖDP-Bündnis für Familien) Richterstr. 4 96465 Neustadt	Kreisrat Thomas Büchner (ÖDP-Bündnis für Familien) Rollweg 7 96465 Neustadt	Kreisrat Herbert Müller (Die Linke/SBC Co-Land) Schmückerwiese 16 96476 Bad Rodach
---	--	---

An den

Landrat des Landkreises Coburg

Herrn Sebastian Straubel

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit erhalten Sie für die nächste öffentliche Kreistagssitzung am 25.02.2021

folgenden Antrag der Mitglieder der ÖDP/SBC-Gruppe im Kreistag zu Coburg auf

angemessene Teilhabe an der politischen Diskussion unter Corona-Bedingungen.

#### **Vorbemerkung :**

Seit nunmehr einem Jahr führt die Corona-Pandemie in allen Staaten rund um den Globus zu tiefgreifenden Veränderungen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben. Die anfängliche Hoffnung, es handle sich nur um ein vorübergehendes Phänomen, hat sich leider nicht erfüllt.

Für den Landkreis Coburg bedeutet dies neben den Einschränkungen, die alle Bürgerinnen und Bürger zu tragen haben, auch eine deutlich veränderte Situation in Bezug auf Organisation und Ablauf politischer Entscheidungsprozesse. So tagt der Kreistag nur noch im Abstand von 2 Monaten (zuletzt fast 3 Monate), durch die Abstandsregeln ist ein interfraktioneller Meinungsaustausch während der Sitzungen kaum möglich. Die Sitzungen werden aus Rücksichtnahme auf das Infektionsgeschehen kurz gehalten, Sachvortrag erfolgt in aller Regel nicht.

Für uns als Mitglieder der ÖDP und SBC ist damit das Einbringen von Statements oder das Äußern politischer Ideen während der Kreistagssitzungen auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Die Wahrnehmung unseres vom Wähler erteilten Mandats ist kaum mehr möglich.

Aus diesen Gründen und um zukünftig wieder im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler auf Augenhöhe am politischen Leben des Kreistages zu Coburg teilnehmen zu können, stellen wir folgenden Antrag:

#### **Der Kreistag möge beschließen:**

**Die benannten Sprecher der Gruppierungen des Kreistags, die nicht in den Ausschüssen vertreten sind, erhalten rechtzeitig vor den Sitzungen alle Einladungen und Tagesordnungen zu sämtlichen Ausschusssitzungen und Treffen des Ältestenrats. Dies gilt auch bei Video- und Telefonkonferenzen. Jeweils ein Kreisrat/eine Kreisrätin der genannten Gruppierungen kann als Gast mit Rederecht an den Sitzungen teilnehmen. Bei Teilnahme an Präsenzsitzungen wird eine Entschädigung lt. Satzung des Landkreises Coburg analog zu den stimmberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Gremiums auch für die vorgenannten Gäste gewährt. Diese Regelung gilt mindestens so lange, wie Sitzungen des Kreistags zu Coburg unter besonderen Corona-Vorsorgebedingungen stattfinden müssen.**

## **Begründung:**

Für uns als Mitglieder der ÖDP und SBC ist wie oben dargestellt das Einbringen von Statements oder das Äußern politischer Ideen während der Kreistagssitzungen auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Die Wahrnehmung unseres vom Wähler erteilten Mandats ist kaum mehr möglich.

Die Arbeit in den Ausschüssen hingegen findet auf Grund der kleineren Besetzungen unter wesentlich besseren Bedingungen statt. Die Sitzungen finden regelmäßig statt, Sachvorträge und übliche, auch längere, Diskussionen sind weiterhin möglich. Gleiches gilt für die Sitzungen des Ältestenrats.

Heute erst war nun der Presse zu entnehmen, dass der Gesetzgeber in Bayern plant, künftig auch Online-Sitzungen von kommunalen Gremien zu ermöglichen. Dies könnte zu sich punktuell weiter verschlechternden politischen Rahmenbedingungen führen, gerade in größerer Runde, wo immer wieder mit Schwierigkeiten bei der Datenübertragung zu rechnen ist. Exemplarisch wurde dies auch gestern bei einer Videokonferenz mit dem Kämmerer deutlich.

Durch die Änderung der Geschäftsordnung im Frühling vergangenen Jahres auf das Verteilungsverfahren nach d'Hondt sind wir weder in den Ausschüssen, noch im Ältestenrat vertreten. Während bei Ausschusssitzungen zumindest die Teilnahme als Gast prinzipiell möglich wäre, ist dies beim Ältestenrat nicht vorgesehen. Das Einbringen politischer Ideen ist ohne allgemeines Rederecht aber ohnehin schwierig bis unmöglich. Zudem liegen uns die Einladungen für die jeweiligen Sitzungen nicht vor, ebenso die Tagesordnungen. Alles müsste sich mühsam aus dem Ratsinfo zusammengesucht werden, die Fahrten und Teilnahmen an den Sitzungen wären zudem „unbezahlte Freizeit“. Sollten Online-Konferenzen stattfinden, fehlte es uns dann natürlich an den entsprechenden Zugangsdaten.

Bei Stattgabe des Antrags würden die Corona bedingten Einschränkungen an der politischen Teilhabe im Rahmen der Kreistagstätigkeit reduziert, so dass wir auch dem Wählerauftrag wieder nachkommen könnten. Alternativen hierzu sind keine ersichtlich.

Weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich in der Sitzung vor Beschlussfassung.

Neustadt/Bad Rodach, 10.02.2021

Gez. Christoph Raabs

Gez. Thomas Büchner

Gez. Herbert Müller

Verteiler: Landrat, Kreisräte, Medien